

Spaltet die Transformation unsere Gesellschaft?

Die komplexe Organisation von Mehrheiten in Zeiten zunehmender Zumutungsaversionen

Knut Bergmann/Matthias Diermeier

1. Verunsicherungen durch die Transformation

Transformation impliziert große Veränderungen und große Veränderungen laufen immer Gefahr, als gesellschaftliche Frakturen empfunden zu werden. Der Soziologe Stephan Lessenich macht den schwierigen Umgang mit den Brüchen daher an der Abwesenheit von Normalität fest und vermutet einen »Phantomschmerz, der durch den Verlust von etwas entsteht, das gewesen ist oder angeblich gewesen sein soll« (Lessenich 2022: 23).

Das entstehende Defizitgefühl kann sich sogar noch verstärken, wenn gänzlich unterschiedliche Transformationstreiber »Gleichzeitig« (Demary et al. 2021) wirken: Ähnlich wie die Wirtschaft parallel mit Digitalisierung, Dekarbonisierung, Deglobalisierung und der demografischen Alterung zu kämpfen hat, treiben artverwandte Umbrüche aktuell auch die deutsche Gesellschaft um. Aufgrund der von vielen als Überforderung empfundenen Veränderungen wird zunehmend eine »gewisse Transformationsmüdigkeit« (Mau et al. 2023: 264) konstatiert. Diese kann in gruppenübergreifenden Reaktanzen resultieren, wenn sich etwa das Gefühl einstellt, man befände sich an einem Kippunkt (*slippery slope*). Gäbe man jetzt nach – so die Intuition –, würde einem immer mehr und mehr abverlangt: »Was kommt dann als nächstes?« (Mau et al. 2023: 260)

Je nach politischer Großwetterlage bekommen unterschiedliche Politikfelder jeweils Relevanz. Legt man etwa die Befragungsergebnisse des Politbarometers der Forschungsgruppe Wahlen (2023) im Herbst 2023 zugrunde, führt die Energie- und Klimapolitik die Sorgenliste der Deutschen an – und hat damit den Krieg in der Ukraine als das »gegenwärtig wichtigste Problem« über-

flügelt. Auf den Plätzen drei und vier folgen die Kategorien »Kosten/Löhne/Preise« sowie »Ausländer/Integration/Flüchtlinge«. Während die Gesellschaft die Corona-Pandemie spätestens seit dem Frühjahr 2022 abgehakt zu haben scheint, ist die Migrationspolitik damit aus einer Art pandemiebedingter Versenkung wieder aufgetaucht.

Ob Migration, Inflation, Ungleichheit oder der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und steigende Energiepreise – die Brüche haben gemein, dass sie die Deutschen verunsichern wie lange nicht mehr: Laut IW-Personenbefragung vom Frühjahr 2023 ist der Anteil der Bevölkerung, der angibt, sich keine Sorgen zu machen, hinsichtlich des Themas Zuwanderung mit 20,9 Prozent noch am höchsten. Mit Blick auf die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine macht die Gruppe der Unbesorgten gerade einmal 7,6 Prozent aus. Damit überwiegt hinsichtlich aller Politikfelder bei Weitem der Anteil der Besorgten.

2. Zumutungsaversionen in der Transformation

Eine (beobachtete) hohe Besorgnis impliziert mitnichten eine gesellschaftliche Spaltung. Aber sie weckt gerade bei den »Sicherheitsdeutschen« (Korte 2022: 47) Anspruchshaltungen, die naturgemäß an die Politik adressiert werden. Sie fordern wegen der als zu hoch empfundenen Asylmigrationszahlen nach Deutschland quer durch alle Parteianhängerschaften hindurch eine Verschärfung der Migrationspolitik (infratest dimap 2023). Die Ampelkoalition zeigte sich in der ersten Hälfte ihrer Legislatur diesen Ansprüchen gegenüber responsiv und überwand Widerstände in den eigenen Reihen, um etwa in einen EU-Migrationskompromiss einzuwilligen oder sich auf eine Verschärfung der deutschen Asylgesetzgebung zu einigen. Ob diese Responsivität aber die Bevölkerung zu beruhigen vermag, steht auf einem anderen Blatt. Auf der einen Seite hat die Regierung selbst bei drastischen Verschärfungen des Asylrechts nicht die unmittelbare Kontrolle über die Asylmigration. Auf der anderen Seite müssen selbst weitreichende Politikmaßnahmen in einer als Kontrollverlust empfundenen Situation nicht unbedingt als ausreichend empfunden werden.

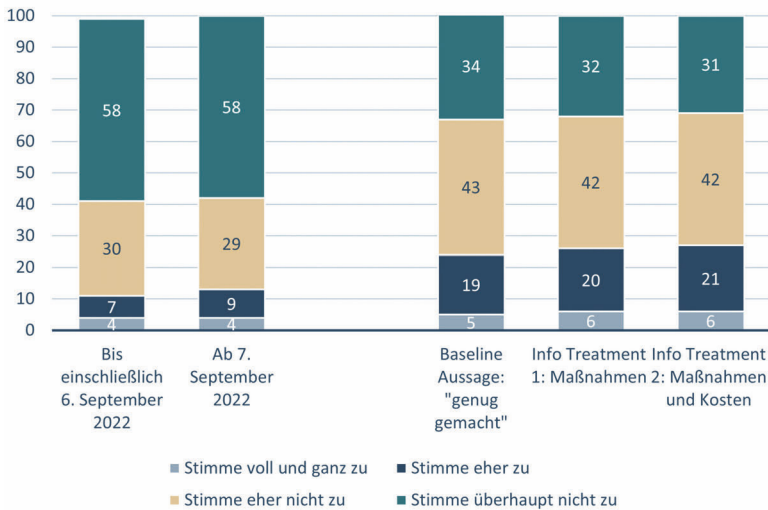
So ist es der Regierung in ihrer Kompensationspolitik, um den Energiepreissteigerungen entgegenzuwirken, trotz erheblicher Anstrengungen nicht gelungen, die Erwartungen der Wählerschaft zu erfüllen. Nachdem die ersten beiden Entlastungspakete Anfang September 2022 verabschiedet waren, widersprachen ganze 88 Prozent der Bevölkerung der Aussage, »Der

Staat hat schon genug gemacht«. Auch die Verkündung des bis dato größten dritten Entlastungspaketes am 7. September, das die allermeisten damals geforderten, aber noch nicht umgesetzten Politikmaßnahmen vorsah, konnte dieser Unzufriedenheit nicht entgegenwirken (Abbildung 1 links).

Auch nach einem milden Winter 2022/23, in dem weder Deutschland noch seine europäischen Nachbarn in die Nähe der befürchteten Gasmangellage gekommen waren und Gas- sowie Strompreisbremse aufgrund niedrigerer Preise weniger stark greifen mussten als befürchtet, herrschte in weiten Teilen weiterhin das Gefühl vor, der Staat habe zu wenig für seine Bürgerinnen und Bürger getan. Nicht einmal jeder Vierte stimmte im Frühjahr 2023 der Aussage zu, »Der Staat hat schon genug gemacht«. Denkbar wäre, dass in Vergessenheit geraten war, welche Maßnahmen mit welchen Preisschildern die Bundesregierung in ihren Entlastungspaketen auf den Weg gebracht hatte (Diermeier/Niehues 2023). Doch dem ist so nicht der Fall: Weder wenn Menschen die vielen umgesetzten Maßnahmen explizit aufgezählt noch wenn zusätzlich die unwirklich daher kommende Summe der avisierten 200 Milliarden Euro für Entlastungspolitiken vorgelegt wurde, reduzierte sich die Unzufriedenheit mit der Krisenpolitik (Abbildung 1 rechts).

Zusammenfassend lässt sich für den Umgang mit der Energiepreiskrise konstatieren, dass auf die diffusen Erwartungen mit sehr teuren Maßnahmen reagiert wurde. Dass sich die Anspruchshaltung der Bevölkerung weder mit der Ankündigung von Entlastungen noch mittels der Rekapitulation dieser einhegen lässt, zeigt, wie stark ausgeprägt die Zumutungsaversionen sind. Selbst in der *Zeitenwende*, die von der Bevölkerung als solche verstanden wird (Friedrich-Ebert-Stiftung 2022), und in der gerade die Bundesregierung nicht ermüdete zu betonen, dass Einschnitte auf jeden Einzelnen zukommen, besteht offenbar die Erwartung, der Staat könne noch mehr Risiken abfedern, noch höhere Kompensationen leisten und weitere Entlastungspakete auf den Weg bringen.

Abb. 1: Zustimmung zur staatlichen Entlastungspolitik in der Energiepreiskrise (»Der Staat hat schon genug gemacht«), in Prozent¹



Quelle links: Umfrage SINUS-Institut/IW im Online-Access-Panel von Bilendi&respon-
di; Befragungszeitraum: 01.09. bis 14.09.2022; Quelle rechts: IW-Personenbefragung im
Online-Access-Panel von Bilendi&respon-; Befragungszeitraum 27.02. bis 06.03.2023.

Tatsächlich sind ähnliche, kaum erfüllbare – und teils widersprüchliche – Einstellungsmuster in Sachen Transformationspolitik schon seit längerem zu beobachten.

- So haben die Deutschen im Frühjahr 2022 mehrheitlich eine zielgerichtete Kompensationspolitik gefordert (»Nur Haushalte mit niedrigem Einkommen sollten bei ihren Energiekosten entlastet werden«). Konfrontiert mit der Frage nach der konkreten Ausgestaltung von einzelnen Politikmaßnahmen fordert aber dieselbe Gruppe mehrheitlich, das 9-Euro Ticket, der

1 Info Treatment 1 Maßnahmen: »9-Euro-Ticket, den Tankrabbatt, die Energiepreispause, den Abbau der Kalten Progression, die Erhöhung des Kindergelds, die Überarbeitung des Bürgergelds, die Erhöhung des Wohngelds, die Einführung einer Strom- sowie Gaspreisbremse.«; Info Treatment 2 Kosten: »Für diese Maßnahmen wurden rund 200 Milliarden Euro vorgesehen.«

Tankrabbatt, die Pendlerpauschale und der Energiepreisdeckel sollten »für alle« gelten (Bergmann et al. 2023a).

- Ebenso sieht eine große Bevölkerungsmehrheit *die Bürger* in der Pflicht, mehr zu tun, um den Klimawandel zu bewältigen. Ein viel geringerer Anteil möchte sich jedoch selbst in die Pflicht nehmen lassen, was sich als »Zeigefinger-Mentalität« charakterisieren lässt (Niehues/Diermeier 2022: 394). Dass sich bei derartigen Einstellungen Widerstand gegen ein überstürzt konzeptionisiertes und in seinen Folgen nicht durchdachtes *Heizungsgesetz* Bahn bricht, kann demnach selbst bei grundsätzlicher Zustimmung zu einer verschärften Klimapolitik kaum überraschen.
- Der vielfach als zu hoch empfundenen Bildungsungleichheit soll – so der Wille der Bevölkerung – mit besonders zielgerichteten bildungspolitischen Anstrengungen beigegeben werden. Konkret besteht der Wunsch nach »Mehr Ausgaben für benachteiligte Schulen«. Trotzdem geben mindestens zwei Drittel der Deutschen an, zusätzliche staatliche Bildungsausgaben von Kindergarten bis zur Hochschule sollten »für alle Personen gleichermaßen« gelten und nicht exklusiv »für benachteiligte Personengruppen« (Wößmann et al. 2019).

Nicht zu Unrecht geben diese inkonsistenten und von Zumutungsaversionen geprägten Einstellungsmuster den Regierenden Rätsel auf. Versucht man den Forderungen der Bevölkerung gerecht zu werden, verfehlt man unweigerlich die Ziele, die ihrer Stimmabgabe mutmaßlich zugrunde lagen. Aus der Verantwortung entlassen darf man die Bundesregierung trotzdem nicht. Schließlich ist gerade das Erwartungsmanagement die hohe Kunst bei der Gestaltung von Transformationen.

3. Die Suggestion der gespaltenen Gesellschaft

Der Umgang mit fast nicht zu befriedigenden Erwartungshaltungen ist auch deswegen problematisch, weil in den vergangenen Jahren das Bild einer zunehmenden Spaltung der Gesellschaft zu einer Art politischem »Masternarrativ« (Mau et al. 2023: 7) avanciert ist. Als besonders erfolgreich hat sich die Zwei-Lager-Hypothese (etwa progressiv-weltoffene *Entdecker* versus statusbewahrende *Verteidiger* [Back et al. 2022: 2]) herausgebildet. Sie hat auch den sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer dazu verleitet

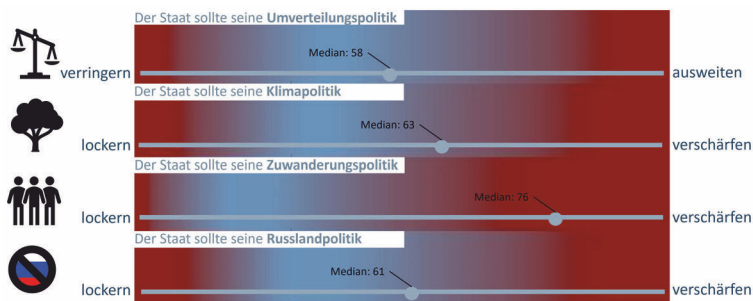
tet, Deutschland »auf dem Weg in eine Polarisierung, wie wir sie aus Amerika kennen« (FAZ 2023) zu sehen.

Bei solch einem gesellschaftspolitischen Kompass und der verbreiteten Wahrnehmung, der Staat leiste nicht genug für seine Bürgerinnen und Bürger, droht die Politik in Situationen wie der Energiepreiskrise, in einen Überbietungswettbewerb einzusteigen. Schließlich rechtfertigt sich dieser mit der über jede Kritik erhabenen Notwendigkeit, die überbordende Spaltung der Gesellschaft begrenzen zu wollen. So konstatiert etwa Wirtschaftsminister Robert Habeck: »Ich glaube, ohne weitere politische Flankierung zerreißen wir oder sagen wir, wird die Spaltung, die soziale Spaltung, dort zu stark befördert.« (Habeck in Deutschlandfunk 2022) Arbeitsminister Hubertus Heil gibt an, mit der Einführung des Bürgergelds »eine gesellschaftliche Polarisierung zu entgiften« (Heil, 2022).

Um der Spaltungsdiagnose themenspezifisch nachzuspüren, wurden die Einstellungen in den vier in der Ampel-Legislatur zentralen Politikfeldern in der IW-Personenbefragung im Frühjahr auf einem Regler zwischen 0 (verringern/lockern) und 100 (ausweiten/verschärfen) erhoben; die Mitte bei 50 markiert die Beibehaltung der bisherigen Aktivitäten. Gemäß der von Steffen Mau (2022) geprägten Metapher, nach der gesellschaftliche Polarisierung entweder einem zweihöckrigen Kamel (Spaltung) oder einem einhöckrigen Dromedar (keine Spaltung) ähnelt, zeigt Abbildung 2 ein differenziertes Bild. In den Politikfeldern Umverteilung, Klima und Russlandpolitik verortet sich das Gros der Gesellschaft in der Nähe der Mitte – und stützt damit das aktuelle Politikangebot. Zwar tendiert der Median der Politikpräferenzen zum Pol ausweiten/verschärfen, was sich in das Bild eines rechtsschiefen Dromedars fassen ließe. Eine zweigeteilte Gesellschaft, in der die eine Hälfte etwa die Klimapolitik verschärfen und die andere lockern wollen würde, sucht man hingegen vergeblich. Die stärkste Spaltung findet sich in der Frage nach Russland-Sanktionen und Waffenlieferungen an die Ukraine; am meisten einig sind sich die Deutschen bereits im Frühjahr 2023 mit ihrer Forderung nach einer Verschärfung der Zuwanderungspolitik. Die Bevölkerung ist also noch weniger als bei den anderen Politikfeldern bei der Migrationspolitik in zwei Lager gespalten. Vielmehr fordern vier Fünftel eine Verschärfung. Suchte man in der Fauna für die Verteilung der migrationspolitischen Einstellungen nach einer Ergänzung zur Dromedar-Kamel-Analogie, ähnelte diese am ehesten einer Giraffe: Die mit großem Abstand am häufigsten ausgewählte Einstellung (über 10 Prozent) ist die Forderung nach einer absoluten Verschärfung (Regler: 100) des Grenzre-

gimes, was die grafische Verteilung wie den langen Hals einer von ihrer rechten Seite abgebildeten Giraffe aussehen lässt.

Abb. 2: Einschätzung zentraler Politikfelder. Regler von 0 (verringern/lockern) über 50 (beibehalten) bis 100 (ausweiten/verschärfen)



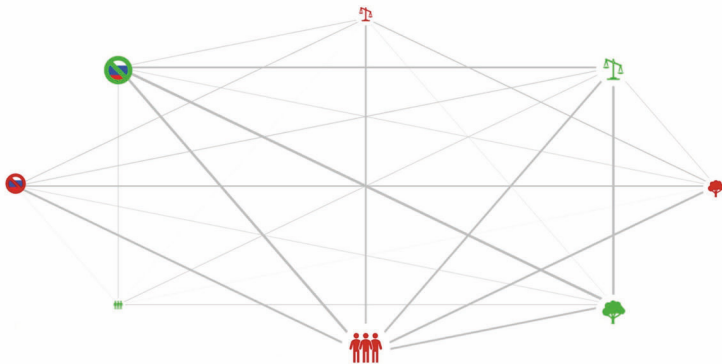
Quelle: eigene Darstellung auf Basis von IW-Personenbefragung im Online-Access-Panel von Bilendi&respondi; Befragungszeitraum 27.02. bis 06.03.2023.

Auch wenn in der Gesellschaft weithin Einigkeit besteht, in welche Richtung der Staat die großen Veränderungstreiber grundsätzlich angehen sollte, so ist es doch möglich, dass sich an den Rändern zwei weitgehend isolierte Lager ausgebildet haben. Abbildung 3 visualisiert die themenspezifischen Netzwerke in der Gesellschaft. Dafür werden nur diejenigen Befragten betrachtet, die sich auf mindestens zwei der Regler entweder zwischen 0 und 20 (lockern) oder zwischen 80 und 100 (verschärfen) eingeordnet haben. Die Größe der Symbole ist durch die Häufigkeit der Randpositionen bestimmt, die Stärke der Linien resultiert aus der Häufigkeit der Kombination der beiden zugehörigen Randpositionen.

Das komplexe Netzwerkgeflecht zeigt keinesfalls zwei isolierte Lager, wie die oben angeführte Charakterisierung in *Verteidiger* und *Entdecker* suggeriert. Diese hätte man etwa zwischen einem progressiv-umverteilungsaffinen (grüne Symbole) und einem rechts/nationalkonservativen-wirtschaftsliberalen Lager (rote Symbole) erwarten können. Zwei divergente Rechtecke treten aber ebenso wenig in Erscheinung, wie auch die häufigsten Kombinationen aus zwei Polen kaum in das populäre Zwei-Lager-Schema passen. Am häufigsten stehen *Russlandpolitik verschärfen* mit *Klimapolitik verschärfen* (14,2 Prozent),

Russlandpolitik verschärfen mit *Zuwanderungspolitik verschärfen* (13,8 Prozent) sowie *Umverteilungspolitik ausweiten* mit *Klimapolitik verschärfen* (13,1 Prozent) in Verbindung. Zudem fällt die Gruppe derjenigen, die in allen vier Themen eine Randposition einnimmt, mit 12 Prozent der Gesamtbevölkerung überschaubar aus. Die Gruppen, die sich in allen Randpositionen unversöhnlich und ohne thematische Schnittmenge gegenüberstehen, sind damit winzig.

Abb. 3: Netzwerkgrafik gesellschaftlicher Randpositionen



Grün: Umverteilungspolitik ausweiten, Klimapolitik verschärfen, Russlandpolitik verschärfen, Zuwanderungspolitik lockern

Rot: Umverteilungspolitik verringern, Klimapolitik lockern, Russlandpolitik lockern, Zuwanderungspolitik verschärfen

Quelle: Diermeier/Niehues (2024) auf Basis von IW-Personenbefragung im Online-Access-Panel von Bilendi&respondi; Befragungszeitraum 27.02. bis 06.03.2023.

Damit bestätigen diese empirischen Auswertungen in den vier zentralen Politikfeldern die zuletzt lauter gewordenen Zweifel an der Spaltungsdiagnose (Mau et al. 2023; Kaube/Kieserling 2022). Trotzdem gilt für die Gestaltung der Transformationspolitik, dass – so klein diese Ränder auch sein mögen – sie über eine überproportional große mediale Aufmerksamkeit große Wirkungsmacht entfalten. Daher sollten die politischen Entscheidungsträger – wie die gesamte gesellschaftliche Elite, wozu auf kommunaler Ebene durchaus auch der Bäckermeister zählt – nicht aus Angst, der AfD das Wort zu reden, gesellschaftliche Fehlentwicklungen ignorieren oder gar negieren. Das Nicht-Benennen wäre hier im Mau'schen Sinne ein »Triggerpunkt« (Mau et al. 2023).

Die mangelnde politische Responsivität von Alltagserfahrungen kann zu weiteren Enttäuschungs- und Entwertungserfahrungen führen. Diese sind ein Motiv für die Hinwendung zu rechtspopulistischen Kräften, beileibe nicht nur in Ostdeutschland (Kollmorgen 2022; Westenberger 2022). Da die AfD kaum von selbst wieder aus dem Parteienspektrum verschwinden wird, sondern mittlerweile vereinzelt es sogar in politisch verantwortliche Stellen auf kommunaler Ebene geschafft hat, wird sie nur mit einer inhaltlich-emphatischen Kraftanstrengung in der politischen Auseinandersetzung zu domestizieren sein – wenn überhaupt. Zuhören, statt politisch zu belehren, unangenehme Wahrheiten zur Kenntnis nehmen und darauf Antworten finden, lautet mutmaßlich das anstrengende Erfolgsrezept. Diese Sisyphusaufgabe wiegt umso schwerer, als die demokratischen Parteien in der Fläche zu wenig personelle Ressourcen haben. Zudem dürfte die Mitgliedschaft in ihnen mancherorts mittlerweile als Makel empfunden werden.

Genauso wenig geht die Unzufriedenheit mit der aktuellen Politikausgestaltung zwingend mit einer grundsätzlichen Unzufriedenheit mit »der Demokratie, wie sie in Deutschland besteht« einher. Das Lager der Demokratieunzufriedenen besteht vor allem aus Menschen, die die Russlandpolitik und Klimapolitik lockern, die Zuwanderungspolitik verschärfen und die Umverteilungspolitik verringern wollen. Es handelt sich hier vornehmlich um den anti-modernistisch autoritären Rand des Parteienspektrums: Mindestens drei dieser vier Präferenzmuster charakterisieren sowohl die Anhängerschaft der AfD als auch der neu gegründeten Bewegung um Sahra Wagenknecht (Diermeier/Niehues 2024).

4. Transformation klug gestalten

Zweifelsohne verlangt die Gleichzeitigkeit von Transformationsnotwendigkeiten den Menschen viel ab und erzeugt eine latente Müdigkeit. Bestehende Verunsicherungen sind bislang aber keinesfalls in eine Durchschneidung der Gesellschaft in zwei sich antagonistisch gegenüberstehende Großgruppen umgeschlagen. Dass anderenorts genau diese Spaltung real geworden ist, sollte für die potenziellen Folgen der aktuellen Brüche sensibilisieren, aber Transformationspolitik nicht in Geiselschaft nehmen. Dies gilt auch hinsichtlich des Umgangs mit verhärteten Zumutungsaversionen. Auch in den transformativen Anstrengungen darf es nicht zur politischen Leitlinie verkommen, den Bürgerinnen und Bürgern *nach dem Mund zu regieren*. Konkret würden Parteien,

die nicht fest mit beiden Beinen auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen, heute fast genauso gut abschneiden, hätte die Ampel in der Energiepreiskrise zielgerichteter – und nicht mit der Gießkanne Entlastungen ausgeschüttet. Weniger ist manchmal mehr, gerade weil sich bei der Abkehr vom nachsorgenden Sozialstaat Spielräume für einen vorsorgenden Investitionsstaat ergeben (siehe Kempermann in diesem Band).

Ähnlich empfinden breite Gesellschaftsschichten den Weg in die Dekarbonisierung nicht als grundsätzlichen Widerspruch zu einer ambitionierten Klimapolitik. Kommen Politiken aber als paternalistischer Eingriff in individuelle Freiheiten daher, werden »Triggerpunkte« (Mau et al. 2023) berührt. So kann aus Abwehrreflexen politische Virulenz entstehen. Eines besonderen Fingerspitzengefühls im Transformationsmanagement bedarf es zudem, sobald politische Maßnahmen in der Debatte sind, die bei Teilen der Bevölkerung nicht nur hohe materielle Kosten verursachen, sondern auch mutmaßlich einen emotionalen Preis fordern.

Das Heizungsgesetz hat viele nicht nur empfindlich *getriggert*, weil die Maßnahme als übergreifender Zwang empfunden wurde. Da sich die Politik nicht an erster Stelle selbst in die Verantwortung genommen hat – wie es über die kommunale Wärmeplanung möglich gewesen wäre –, wurde die Verantwortungszuweisung an die Einzelnen als eine eklatante Verletzung der *prozeduralen Gerechtigkeit* wahrgenommen. Die ständigen Widersprüche der Transformationspolitik erzeugen Enttäuschungen mit der Politik, gerade wenn Bürgerinnen und Bürger das Gefühl bekommen, die Verantwortung würde auf sie überwältigt, ohne dass die Entscheiderinnen und Entscheider selbst ihren Aufgaben nachkämen.

Ein ähnlicher Fall ist der Ausstieg aus der Kernenergie, ohne dass – zumal nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine – hinreichend günstige Alternativen bereitstehen. Sollten sich die daraus resultierenden höheren Strompreise in steigenden Arbeitslosenzahlen niederschlagen, dürfte der Gegenwind gegen die Ampel-Transformationspolitik noch deutlich schärfer werden. Längst ist der Widerstand gegen die Klimapolitik nach dem Euro und der Migrationspolitik zum dritten Standbein der AfD geworden (siehe Weisskircher in diesem Band). Gerade in *Transformationsregionen*, wo der Automotiv-Sektor mit Fokus auf traditionelle Antriebe und die energieintensive Industrie bislang hochbezahlte Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe gesichert haben, kann die AfD nicht zuletzt mit ihrem Wahlkampfslogan *Deutschland. Aber normal* die Transformationsunzufriedenen und -besorgten einsammeln; die Grünen werden abgestraft (Bergmann et al. 2023b; 2023c). Wie stark das

neugegründete *Bündnis Sahra Wagenknecht* in diesen Milieus und Räumen gewählt werden wird, muss sich noch zeigen. Mit ihrem Versuch, die Repräsentationslücke einer nicht-verfassungsfeindlichen *Anti-Modernisierungspartei* zu besetzen, wird sie der *Fortschrittskoalition* jedenfalls einen weiteren Gegenpol entgegensetzen. Das jedenfalls machte Wagenknecht bei der Vorstellung ihres Bündnisses deutlich: »So wie es derzeit läuft, darf es nicht weitergehen. Denn sonst werden wir unser Land in zehn Jahren wahrscheinlich nicht wiedererkennen.« (Wagenknecht 2023)

Die auf Veränderung und Wandel drängende Bundesregierung braucht alldieweil eine Erneuerung ihrer *Fortschrittserzählung*. Zwar hat etwa der Bundeswirtschaftsminister nie einen Hehl daraus gemacht, was er der Bevölkerung abzuverlangen intendiert (»Das Antlitz unseres Landes wird sich verändern«). Die märchenhaft anmutende Erzählung des Bundeskanzlers eines kommenden Wirtschaftsbooms (»Eine Phase großen Wachstums«) ist allerdings derart alltagsfern, dass sich Menschen mit ihren Sorgen nur schwerlich ernstgenommen fühlen können. Wen die Verheißungen von Olaf Scholz an die »blühenden Landschaften« von Helmut Kohl erinnern, der sei darauf aufmerksam gemacht, dass es lange gedauert hat, bis sich bei den Deutschen der Eindruck durchsetzte, dass zweitere nicht Wirklichkeit geworden sind (Petersen 2010). Zukunftssicherheit auszustrahlen und gleichzeitig die notwendigen Einschnitte zu vermitteln, das ist die zentrale Herausforderung der Transformationskommunikation (siehe dazu auch Jarzebski in diesem Band).

Literatur

- Back, Mitja/Echterhoff, Gerald/Müller, Olaf/Pollack, Detlef/Schlipphak, Bernd (2022): Von Verteidigern und Entdeckern – Ein neuer Identitätskonflikt in Europa, Wiesbaden: Springer VS.
- Bergmann, Knut/Borgstedt, Silke/Diermeier, Matthias/Gensheimer, Tim/Niehues, Judith (2023a): Mitte ohne Maß?. Widersprüchliche Entlastungsforderungen, in: *Wirtschaftsdienst*, 103. Bd., Nr. 2, S. 130–136.
- Bergmann, Knut/Diermeier, Matthias/Kempermann, Hanno (2023b): AfD in von Transformation betroffenen Industrieregionen am stärksten, in: *IW-Kurzbericht*, Nr. 71, Köln.
- Bergmann, Knut/Diermeier, Matthias/Kempermann, Hanno (2023c): Landtagswahlen: AfD punktet dort, wo Wirtschaft vor Herausforderungen

- steht, 11. Oktober 2023, Website IW, [online] <https://www.iwkoeln.de/presse/iw-nachrichten/knut-bergmann-matthias-diermeier-afd-punktet-dort-wo-wirtschaft-vor-herausforderungen-steht.html> [abgerufen am 2.11. 2023].
- Demary, Vera/Matthes, Jürgen/Plünnecke, Axel/Schaefer, Thilo (Hg.) (2021): Gleichzeitig: Wie vier Disruptionen die deutsche Wirtschaft verändern. Herausforderungen und Lösungen, in: IW-Studie, Köln.
- Diermeier, Matthias/Niehues, Judith (2023): Erwartungen und Enttäuschungen. Trägt der Sozialstaat noch?, in: Politikum, 9. Bd., Nr. 2, S. 32–36.
- Diermeier, Matthias/Niehues, Judith (2024): IW-Gesellschaftsmonitor, in: IW-Trends, im Erscheinen.
- FAZ (2023): Kretschmer über AfD-Erfolge: »In diesem Land gerät etwas ins Rutschen«, Website FAZ, [online] <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-buergermeister-warum-michael-kretschmer-nach-der-raguhn-jessnitz-wahl-warnt-19006219.html> [abgerufen am 2.11. 2023].
- Forschungsgruppe Wahlen (2023): Politbarometer, 2023, Website Forschungsgruppe Wahlen, [online] https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/ [abgerufen am 2.11. 2023].
- Friedrich-Ebert-Stiftung (2023): Welchen außenpolitischen Kurs sollte Deutschland einschlagen?, Website Friedrich-Ebert-Stiftung, [online] <https://www.fes.de/abteilung-analyse-planung-und-beratung/artikelseite-apb/umfrage-deutsche-aussenpolitik-nach-der-zeitenwende> [abgerufen am 6.11. 2023].
- Habeck, Robert (2022): Habeck (Grüne) zur Gaskrise: »Das wird Deutschland vor eine Zerreißprobe stellen«, Robert Habeck im Gespräch mit Jörg Münchenberg, in: Deutschlandfunk vom 10.07.2022, Website Deutschlandfunk, [online] <https://www.deutschlandfunk.de/bundeswirtschaftsminister-robert-habeck-100.html> [abgerufen am 18.12.2023].
- Heil, Hubertus (2023): Rede des Bundesministers für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil, zum Haushaltsgesetz 2023 vor dem Deutschen Bundestag am 24. November 2022 in Berlin, in: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 147–1.
- Infratest dimap (2023): ARD-DeutschlandTREND Oktober 2023, Website Infratest dimap, [online] <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2023/oktober/> [abgerufen am 2.11. 2023].
- Kaube, Jürgen/Kieserling, André (2022): Die gesplante Gesellschaft, Berlin: Rowohlt.

- Kollmorgen, Raj (2022): Radikale Rechte als ostdeutsches Problem? Zur langen Kultur- und Gesellschaftsgeschichte des Rechtspopulismus in Ostdeutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 72. Bd., Nr. 49–50, S. 33–38.
- Korte, Karl-Rudolf (2022): Wählen und Regieren in der Coronakratie. Welche politischen Farben braucht die »Große Transformation«?, in: Knut Bergmann (Hg.), »Mehr Fortschritt wagen«?: Parteien, Personen, Milieus und Modernisierung: Regieren in Zeiten der Ampelkoalition, Bielefeld: transcript, S. 39–60.
- Lessenich, Stephan (2022): Nicht mehr normal: Gesellschaft am Rande des Nervenzusammenbruchs, München: Hanser.
- Mau, Steffen (2022): Kamel oder Dromedar? Zur Diagnose der gesellschaftlichen Polarisierung, in: *Merkur*, 76. Bd., Nr. 874.
- Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus (2023): Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin: Suhrkamp.
- Niehues, Judith/Diermeier, Matthias (2022): Wirtschaftspolitische Konfliktlinien zwischen den Anhängerschaften von Grünen, SPD und FDP. Die Kamerun-Koalition, in: Knut Bergmann (Hg.): »Mehr Fortschritt wagen«? Parteien, Personen, Milieus und Modernisierung: Regieren in Zeiten der Ampelkoalition, Bielefeld: transcript, S. 391–418.
- Petersen, Thomas (2010): Allensbach Umfrage zur Deutschen Einheit: Blühende Landschaften, FAZ, Website FAZ, [online] <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/allensbach-umfrage-zur-deutschen-einheit-bluehende-landschaften-11040029.html> [abgerufen am 9.11.2023].
- Wagenknecht, Sahra (2023): Wagenknecht: »So darf es nicht weitergehen«, AFP, Website YouTube, [online] <https://www.youtube.com/watch?v=T9BfGuyDeVQ> [abgerufen am 7.11. 2023].
- Westenberger-Breuer, Heike (2022): Die Vertrauenskrise in der Gesellschaft: Eine psychoanalytische Perspektive, in: *Forum Der Psychoanalyse*, 38. Bd. Nr. 4, S. 425–437.
- Wößmann, Ludger/Lergetporer, Philipp/Grewenig, Elisabeth/Kersten, Sarah/Kugler, Franziska/Werner, Katharina (2019): Was die Deutschen über Bildungsungleichheit denken, in: *ifo Schnelldienst*, 72. Bd., Nr. 17, S. 3–17.

